Heute Zellentag der Partei: Alle Genossen nehmen daran teil
Tagesordnung: Vorbereitung des Bezirksparteitags

Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nschl. an den dreigeteilten Teil einer Zeile) 150 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Abt. Dresden, Stiftstr. 7, Hp., Tel. 27 853, Postscheck Dresden 203 15. Expedition: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2.20 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (inskl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsverlag Hilde Klostick, Dresden-A., Ammonstraße 60. Tel. 20 521. Postscheckkonto Dresden 39 404. Verantwortlich für Politik: Otto Göbel, Dresden; Ausland: Karl Viethner, Berlin; für den übrigen Teil: Oswald Hanisch, Dresden; Inserate: Fritz Fischer, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto: Dresden Nr. 19 690.

8. Jahrgang | Dresden, Dienstag den 15. März 1932 | Nummer 63

Das ZK der KPD zu den Präsidentenwahlen

Rüstet zum neuen roten Vormarsch!

Das Zentralkomitee der KPD veröffentlicht heute in der Roten Fahne eine grundsätzliche Stellungnahme zu der Präsidentschaftswahl, dem wir folgende Abschnitte entnehmen:

Die für den Kandidaten der Kommunistischen Partei abgegebenen fünf Millionen Stimmen sind eine große Heerschau weiter Arbeiterschichten, die gewillt sind, unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands um den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise zu kämpfen. Die KPD hat fast eine halbe Million neue Arbeiterstimmen gewonnen.

Der Wahlkampf zeigte eine außerordentliche Aktivität aller Klassen und Schichten. Das drückt sich unter anderem in der großen Wahlbeteiligung aus. Diese erhöhte Wahlbeteiligung wiederum ist ein Zeichen für die sich immer schwieriger und aussichtsloser gestaltende Lage der Bourgeoisie in Deutschland.

Die Verschärfung der kapitalistischen Krise hat solche Verhältnisse geschaffen, daß in den Millionenmassen des arbeitenden Volkes der Wille zur Aenderung, zur Beseitigung der bestehenden Zustände wächst. Den politischen Hintergrund der Präsidentenwahlen bilden die Steigerung aller Widersprüche des kapitalistischen Systems und das Heranwachsen der Voraussetzungen einer revolutionären Krise. Die Wirtschaftskrise in Deutschland wird durch die unerträglichen Lasten der Versailler Knechtschaft verstärkt.

Im Kampf gegen alle Formen der bürgerlichen Diktatur erstarkt die revolutionäre Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands, wächst die rote Einheitsfront, die heute schon viele Millionen umfaßt und immer stärkere Massen sozialdemokratischer Arbeiter dem Einfluß der bürgerlichen Diktatur entreißt. Die überfüllten Versammlungen und Versammlungen der Kommunistischen Partei Deutschland, die erhöhte Aktivität aller kommunistischer Organisationen, ihrer Mitglieder und unserer revolutionären Massenbasis, die Tatsache, daß während des Wahlkampfes Tausende von Arbeitern in die Kommunistische Partei eingetreten sind, daß die Partei auf dem Lande eine große Anzahl neuer Stützpunkte geschaffen hat, in der Landarbeiterschaft und bei der Dorfarmut festen Fuß faßte, in die Reihen der Angestellten und des werktätigen Mittelstandes weiter eindringt, das alles zeugt von der Kampfentschlossenheit und Tatkraft des Teiles der Arbeiterklasse, der unter der Führung der Kommunistischen Partei steht. Der revolutionäre Dank der Partei gilt der opferbereiten Arbeit der Zehntausenden von roten Wahlhelfern.

Niemals zeigte sich die Bedeutung und Richtigkeit unserer strategischen Hauptorientierung auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, auf die Loslösung der Arbeiter von der Sozialdemokratie — als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie — so klar wie in der gegenwärtigen Situation.

Das Ergebnis der Wahl zeigt, daß die Zahl der für die Kommunistische Partei abgegebenen fünf Millionen Stimmen hinter den objektiven Möglichkeiten, die uns die gegenwärtige Situation bietet, zurückbleibt. Das Wahlergebnis ist deshalb für die Kommunistische Partei unbefriedigend. Das Wahlergebnis zeigt gleichzeitig bei dem Vergleich der einzelnen Bezirke einen ungleichmäßigen Charakter. Neben gewissen Erfolgen in den ländlichen Bezirken und in Süddeutschland sind in anderen Bezirken Stillstand und sogar Rückgang zu verzeichnen. Völlig unbefriedigend sind die Ergebnisse in Berlin, in Hamburg, in Oberschlesien und in Halle-Merseburg.

Wir müssen diese Erscheinungen mit der ganzen furchtlosen Selbstkritik die dem Bolschewismus eigen ist, aufzeigen und alles tun, um die zu Tage getretenen Mängel rasch und entschlossen zu beseitigen. Gerade die Zunahme in einer Anzahl Bezirke zeigt, daß wir sowohl das ungenügende Gesamtergebnis wie auch die Verluste in einigen Bezirken unter keinen Umständen durch die falsche Behauptung erklären dürfen: Bei Präsidentenwahlen erhalten wir immer weniger Stimmen als bei Parlamentswahlen.

Nachdem in dem Artikel festgestellt wird, welches die besonderen Schwächen und Fehler unserer Arbeit waren, heißt es weiter:

Aus den Hauptmängeln und Schwächen gilt es unmittelbar die Lehren zu ziehen um die Aufgaben bei der Durchführung des 2. Wahlganges zu den Präsidentenwahlen und den Parlamentswahlen in Preußen, Württemberg und Bayern und den roten Volksentscheid in Sachsen zu stählen. Entsprechend den Direktiven der Komintern und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands muß in den Mittelpunkt unseres Kampfes, in den Mittelpunkt unserer Arbeit zur Mobilisierung der Massen, der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der chinesischen Revolution und der Sowjetunion gestellt werden. Wir müssen verstehen, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu verbinden mit der Mobilisierung der Arbeitermassen zum Kampf gegen die Notverordnungsdiktatur der Brüning-Severing, gegen den Lohnabbau und gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützung, gegen alle Angriffe und Attentate der Bourgeoisie auf das arbeitende Volk.

Alle Parteikräfte und unsere Massenkader müssen so gruppiert werden, daß in der Durchführung unserer strategischen Hauptaufgaben die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse erzielt wird.

Die Kommunistische Partei Deutschlands geht mit ihrer Kampfkandidatur des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann in den zweiten Wahlkampf. Sie wird in diesem 2. Wahlkampf ihr revolutionäres Programm mit der ganzen Schärfe und Klarheit in die Millionenmassen des deutschen Proletariats und der Werktätigen tragen.

Sie wird im schärfsten, rücksichtslosesten, leidenschaftlichsten Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die verräterische Politik des „kleineren Uebels" angreifen und entlarven. Das ist zugleich die beste und wirksamste Politik zur Sammlung der Massen zum Kampf gegen die kapitalistische Klassenfront der Hindenburg, Brüning, Severing, Hitler.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in den kommenden Wochen und Monaten im zweiten Wahlgang, bei den Landtagswahlen, bei dem roten Volksentscheid, und in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse ihre revolutionäre Klassenpolitik noch kühner entfalten. Unter ihrer Führung wird die Arbeiterklasse über alle ihre Feinde siegen!

Streik in der Glasfabrik Brockwitz!

Geschlossener Kampf der Belegschaft gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie wegen rückständiger Lohnzahlungen. Nur die Bildung eines betrieblichen Kampfausschusses und Führung durch die RGO verbürgt den Erfolg!

Am Montag früh trat die 600 Mann starke Belegschaft der Brockwitzer Glasfabrik AG wegen Lohnrückständen geschlossen in den Streik. Seit Dezember vergangenen Jahres sind die Lohnguthaben der einzelnen Arbeiter bis zu 200 Mark angelaufen. In den Monaten Dezember und Januar wurde nahezu vier Wochen kein Lohn gezahlt. Durch verlogene Versprechungen haben die reformistischen Betriebsräte Stichler, Werner und Co. die Belegschaft an der Nase herumgeführt und außer dem zehnprozentigen Notverordnungslohnabbau mit der Direktion einen 25 bis 30-prozentigen Lohnabbau vereinbart. Mitte Januar wurden den Arbeitern Abschläge von 25 Mark gezahlt. Die Glasarbeiter haben fast durchschnittlich Lohnrückstand bis zu 200 Mark, die Hilfsarbeiter bis zu 80 Mark.

Die wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter, die zum größten Teil verheiratet sind, haben statt Lohn Abrechnungszettel für Mietzahlungen in die Lohntüte bekommen. Die reformistischen Gewerkschaftsbonzen Uhlemann, Meißen, und Balke, Dresden, verstanden es bisher, die Gewerkschaftsmitglieder durch Verschleppungsmanöver und durch die Drohung mit der Erwerbslosigkeit hinzuhalten. Die Arbeiter des Wannenbetriebes, die zum größten Teil Anhänger der RGO sind, haben vor ungefähr 2 bis 3 Wochen einen halbstündigen Proteststreik durchgeführt.

Nach dieser Aktion wurde der Lohn ein einziges Mal voll gezahlt und dann nur immer wieder kleinere Abschläge den Arbeitern in die Hände gedrückt. Der reformistische Betriebsrat organisierte eine Betriebsversammlung, in welcher der Generaldirektor Mund und der Betriebsleiter des Werkes mit Durchhaltetaktik und schönen Reden die Arbeiter gefügig machte. Jetzt ist man dazu übergegangen, für die freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter die rückständigen Löhne einzuklagen. Angeblich sind keine Aussichten vorhanden, sie anderweitig zu erhalten.

Gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie ist jetzt die Belegschaft, die bei den letzten Entlassungen, soweit wie möglich von RGO-Mitgliedern gesäubert wurde, in den Streik getreten. Es besteht die Gefahr, daß dieser Streik in wenigen Tagen von der Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt wird.

Diese Gefahr müssen die Brockwitzer Glasarbeiter erkennen. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie wird alles tun, um wie bisher, die Interessen des Unternehmers wahrzunehmen und die kämpfenden Arbeiter, auf die sie immer noch einen starken Einfluß haben, zum Rückzug zu zwingen.

Deshalb muß die Belegschaft sofort dafür sorgen, daß ein betrieblicher Kampfausschuß gebildet wird, der unter Leitung und mit Unterstützung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Streikführung übernimmt. Nur die revolutionäre Führung der Arbeiterschaft und ihrer Kämpfe durch die RGO und die betrieblichen Kampfausschüsse kann zum Erfolg und zur Durchsetzung ihrer Forderungen führen.

Hugenberg schlägt Hindenburg vor!

Der Eintritt der Nazis in die Reichsregierung wird vorbereitet. Die Stimmen der SPD-Arbeiter für Hindenburg als Steigbügel für Hitler!. SPD-Arbeiter, kann Hugenbergs Kandidat euer Kandidat sein?

In einem Artikel zum Wahlresultat schlägt der deutschnationale Parteiführer Hugenberg ein verfassungsänderndes Reichsgesetz vor, wonach die „Abstimmung vom 13. März die Wirkung eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl haben soll, daß also die Wiederwahl Hindenburgs erfolgt ist".

Es ist nicht wichtig, daß Hugenberg als Voraussetzung dafür die Neuwahl des Reichstages bezeichnet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß Hugenberg und Duesterberg, diese Vertreter der grimmigsten und von den SPD-Arbeitern bis aufs Blut gehaßten Reaktion, Hindenburg als Reichspräsidenten vorschlagen; denselben Hindenburg, der den sozialdemokratischen Proleten von ihren Führern als „Vertreter des fortgeschrittenen Teiles der Bourgeoisie" empfohlen wurde.

Wessen Sache Hindenburg in Wirklichkeit vertritt, das zeigt der Vorschlag Hugenbergs. Oder glaubt vielleicht jemand, daß Hugenberg von sich aus diesen Vorschlag jemals gemacht hätte, wenn er Hindenburg nicht als den Exponenten des Großkapitals betrachten würde?

Die Stellungnahme Hugenbergs für Hindenburg unterstreicht gleichzeitig die Bedeutung der Enthüllungen der kommunistischen Presse über die Pläne der Umgebung Hindenburgs, die die Umbildung der Reichsregierung durch Einbeziehung von Nationalsozialisten erwogen hat. Diesem Schritt wird der Weg durch Hugenbergs Vorschlag geebnet. Denn außer den Sozialdemokraten bedarf es auch der nationalsozialistischen Stimmen im Parlament, um diese verfassungsändernde Mehrheit für Hindenburg zusammenzuschustern. Und Hugenberg spricht ausdrücklich für die „nationale Front", nicht etwa bloß für die Deutschnationalen. Sein Vorschlag ist gleichzeitig ein Koalitionsangebot zur Schaffung der ersten Nazi-Minister!

Ganz offen wird der Plan einer Einbeziehung der Nazis in die Reichsregierung im Zusammenhang mit der Vermeidung eines zweiten Wahlganges vom Dresdner Anzeiger heute